Der Steinarbeiter

ORGAN des Centralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Herausgeber:
Paul Starke, Leipzig, Große Fleischergasse 14.
Verantwortlicher Redakteur:
A. Staudinger, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Geschäftsstelle und Expedition:
Leipzig
Große Fleischergasse 14, I.

Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Anzeigen: Von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. die gespaltene Petitzeile oder deren Raum.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7238 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 3. Sonnabend, den 17. Januar 1903. 7. Jahrgang.

Kollegen! Agitiert für den Steinarbeiter.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Im schlesischen Sandsteingebiet, wo die Zahlstellen Bunzlau, Alt-Warthau, Rackwitz, Löwenberg-Plagwitz, Deutmannsdorf-Hartliebsdorf, sowie Hockenau-Neudorf in Frage kommen, wurde der Tarif gekündigt. Laut getroffenen Abmachungen mußte die Kündigung des Tarifs längstens bis zum 1. Dezember vollzogen sein, wenn derselbe als — gekündigt betrachtet werden soll. Die Unternehmer reichten aber die Kündigung erst am 17. Dezember ein, also **17** Tage später, als die Abmachung zwischen den Steinmetzmeistern und den Steinmetzen vorsieht. Es sieht somit diese Kündigung des Tarifs einem Kontraktbruch ziemlich ähnlich. Zu bemerken ist, daß die 10prozentige Lohnerhöhung, die im Jahre 1899 nach 15—16wöchentlichem Kampfe schwer errungen worden war, von den Unternehmern im Laufe dieses Frühjahrs wieder beseitigt wurde.

* * *

Die Berliner Steinmetzinnung kündigte ab 1. Dezember den Akkord-Tarif. Derselbe läuft am 1. März 1903 ab.

* * *

Gotha. Die Granitsteinmetzen der Firma Bautz befinden sich schon wochenlang in Tarifunterhandlungen, ohne bisher ein zufriedenstellendes Resultat zu erzielen.

Beredte Zahlen!

Sobald im Reichstage über eine sozialpolitische Frage oder über eine Verbesserung der Gewerbe- und Fabrikinspektion gesprochen wird, wird man bemerken, daß der Vertreter der sächsischen Regierung immer eine eigenartige — sozialpolitisch rückständige Haltung einnimmt. Die sächsischen Gewerbeinspektor-Berichte sind hinlänglich bekannt, denn sie sind dermaßen den wirklichen Verhältnissen — nicht entsprechend abgefaßt, daß man mit Recht behaupten kann, es soll ja den Unternehmern nicht zu nahe getreten werden. Es wird überall verheimlicht und vertuscht und selbstredend die Kritik der Partei und Gewerkschaftspresse, die nach und nach doch schon verschiedene Besserungen brachte, als inkonsequent betrachtet.

Uns liegt der Jahresbericht des technischen Aufsichtsbeamten für die Steinbruchsberufsgenossenschaft von — ganz Sachsen vor, welcher nicht einmal zwei Seiten der Monatsschrift für die Steinbruchsberufsgenossenschaft füllt. Daß über die Ergebnisse der Ueberwachungstätigkeit des Aufsichtsbeamten, über die Betriebsunfälle ꝛc. nicht mehr zu schreiben war, erscheint kaum glaublich.

Einleitend sagt der Bericht: Bezüglich der Versicherten ist zu sagen, daß sich gegen das Vorjahr wenig geändert hat. So oft man mit ihnen in Berührung kam, wurde nur in einzelnen Fällen Entgegenkommen gezeigt, insbesondere wird bei der Ergründung zweifelhafter Unglücksursachen mit der Wahrheit zurückgehalten.

Daß über das Wahrheitsgefühl von Steinarbeitern ein so vernichtendes, direkt einseitiges Urteil gefällt wird, ist geradezu unerhört. Im Gegenteil, es konnte an dieser Stelle schon des öftern auf die Berichte von Bayern, Württemberg und Baden hingewiesen werden, wo aber die Urteile der Beamten ganz anders lauten. Die Erfahrung hat nämlich gelehrt, daß bei dem Vorkommen von schweren Unglücksfällen die Unternehmer alles anwenden, um bei der Feststellung der Ursachen dieser Unfälle alles zu Ungunsten der beteiligten — Arbeiter zu gestalten. Ueberhaupt ist es nicht recht klar, wie man zu einer solchen Behauptung sich versteigen kann, wenn des weiteren gesagt wird, es wurde keine Gelegenheit versäumt, um mit den Unternehmern in persönliche Berührung zu kommen. Dagegen wird mit keinem Wort erwähnt, ob dasselbe auch mit den Arbeitern geschah. Daraus muß geschlossen werden, daß es in Sachsen immer noch üblich ist, die Arbeiter nicht in den Bereich des persönlichen Verkehrs mit derartigen Aufsichtsbeamten zu ziehen, soweit die Gelegenheit es verlangen könnte.

Die Ueberwachungstätigkeit erstreckt sich über 1808 Betriebe, allerdings wurden aber bloß 43 Prozent derselben besichtigt, woron 87 Prozent ordnungsgemäß befunden wurden. Wieviel Beschäftigte in den revidierten Betrieben vorhanden waren, wird natürlich verschwiegen, trotzdem sehr leicht eine solche Feststellung sich machen läßt.

Bei den vorgefundenen Mängeln kommen hauptsächlich folgende Verstöße in Betracht: Zu starkes Unterhöhlen von steilen Wänden, Besetzen und Wegtun der Schüsse, Nichttragen von Schutzbrillen und Nichtbeseitigung des Abraums. Auch weigern sich die Unternehmer vielfach, an den neugelieferten Maschinen die notwendigen Schutzvorrichtungen anzubringen.

Betriebsunfälle sind nach statistischen Angaben im Berichtsjahr überhaupt zur Anmeldung gekommen 869, 1900: 890

davon entschädigungspflichtig	180	167
mit tödlich. Ausgange waren zu entschädigen	27	25
Summa d. entschädigungspflichtigen Unfälle	207	192

In Rücksicht auf die im Jahre 1901 um 16 Prozent geringere Lohnsumme als 1900 haben die Unfälle überhaupt um 8 Prozent und die entschädigungspflichtigen um rund 21 Prozent zugenommen.

Die Behauptung, daß die Zunahme der Unfälle in der Nichtbeachtung der Unfallgefahren liegt, ist eine frivole. Es ist selbstredend, daß die Unfälle zunehmen müssen, sobald die Arbeitszeit eine ungeregelte ist, die Lohnverhältnisse aber sich immer miserabler gestalten, denn der Arbeiter muß mit Anwendung seiner ganzen Kraft danach streben, ein bestimmtes Einkommen zu erzielen. Bei dem geringen Lohn müssen alle den Verdienst störenden Einflüsse vermieden werden.

Nach den Angaben des Berichts entfallen

auf die Schuld der Versicherten	23,7	Prozent,
„ „ „ „ Betriebsleitung	12,0	„
„ unvermeidliche Betriebsgefahren	64,3	„

Wirklich, eine solche Statistik kam uns noch nie zu Gesicht. Daß die Unternehmer resp. der Vertreter bloß an 12 Prozent der Unglücksfälle schuld waren, wird wohl kein einziger Steinarbeiter glauben, um aber die Leichtsinnigkeit zu zeigen, wie manche Arbeiter den Unfallgefahren trotzen, wird auf folgendes Ereignis in Beucha bei Leipzig hingewiesen.

In einem Steinbruch in Beucha, Amtshauptmannschaft Grimma, stellten sich die Arbeiter bei der Abgabe eines Sprengschusses, welcher senkrecht in den Boden gebohrt war, 90 Meter davon entfernt auf, um den Schuß unter freiem Himmel zu beobachten. Bei der Entladung sollen (!) seitlich verschiedene Steine ausgebrochen und unter die Arbeiter geflogen sein. Hierbei wurde ein Mann tödlich, einer schwer und zwei leichter verletzt.

Mit diesem Beispiel kann man aber nur das Gegenteil von dem beweisen, was in dem Bericht gewünscht wird. Wer die Verhältnisse in Beucha kennt, wird bestätigen, daß in einigen Brüchen bombensichere Unterkunftsräume überhaupt nicht vorhanden sind, in dem angezogenen Betriebe war das nicht der Fall, wie der Bericht selber konstatiert. Man wirft den Arbeitern Fahrlässigkeit vor, trotzdem zugegeben werden muß, daß Einrichtungen, die zum Schutze der Beschäftigten notwendig sind, gefehlt haben. Eine solche Beweisführung ist höchst bedenklich und darf deshalb nicht unwidersprochen bleiben. Die Brüche in Beucha sind kesselartig angelegt, die gewonnenen Blöcke werden im Bruche direkt verarbeitet und somit ist bei den Sprengarbeiten, die in den Beuchaer Steinbrüchen vorgenommen werden, die Unfallgefahr eine größere als in anderen Betrieben.

Im folgenden haben wir uns der Mühe unterzogen, die Rentenempfänger der Steinbruchsberufsgenossenschaft, die sich über ganz Sachsen erstreckt, festzustellen. Dieselben verteilen sich auf die verschiedenen Amtshauptmannschaften wie folgt:

Bautzen	118	Flöha	6	Pirna	141
Löbau	28	Marienberg	13	Döbeln	36
Dippoldiswalde	6	Oelsnitz	16	Leipzig	29
Freiberg	7	Schwarzenberg	37	Chemnitz	30
Großenhain	9	Kamenz	62	Glauchau	10
Meißen	71	Zittau	12	Auerbach	24
Borna	29	Dresden	9	Plauen i. V.	37
Grimma	140	„ -Neustadt	16	Zwickau	43
Annaberg	9	„ -Altstadt	37		

Wir haben in dieser Berufsgenossenschaft also 975 Rentenempfänger aufzuweisen, die Zahl müßte eigentlich noch höher sein, wenn nicht so und so viel Verletzte abgewiesen würden. Die zitierten Zahlen sprechen für sich und es läßt sich wiederum dokumentieren, wie groß die Unfallgefahren im Steinarbeiterberufe sind. Welche Summe von Elend, Not und Kummer verkörpert sich in diesen 975 Unglücklichen, die dabei noch den Schikanen der Berufsgenossenschaft und der Rentenquetschung ausgesetzt sind. Die Steinarbeiter haben aus solchen Berichten die Lehre zu ziehen, daß es um den wirklichen Arbeiterschutz noch sehr schlimm bestellt ist.

Kartellfragen.

Eine Anzahl von Industriellen der Eisenbranche hat sich in schwerer Bedrängnis an Herrn Möller gewandt, der angeblich Handelsminister ist, man glaubt kaum noch daran, denn die Interessen des Handels haben jedenfalls sehr wenig Liebe bei diesem Auserwählten Wilhelms II. gefunden, als der Zolltarif fabriziert wurde. Die Herren, die sich der Oeffentlichkeit als Verbraucher von „Halbzeug“ vorstellen, haben nämlich schwer über die Kartellwirtschaft zu klagen. Ihre Klagen sind in der Tat sehr berechtigt. Es handelt sich dabei um Dinge, die wiederholt an dieser Stelle beleuchtet worden sind: Die Produktion von Roheisen und dem sog. Halbzeug, d. h. Eisen in der Form von Knüppeln, Platten, Blechen, Stangen ꝛc., wird von den mächtigen Syndikaten beherrscht. Die Syndikate bestimmen die Preise, wobei sie herzlich wenig Rücksicht auf die „nationale Industrie“ zeigen. In der Zeit der Hochkonjunktur setzten sie die Preise hinauf, und die Verbraucher zahlten; nachher, als die Preise für fertige Eisenwaren zu sinken begannen, blieben die Syndikate trotzdem bei ihren hohen Preisen für Roheisen und Halbfabrikate und haben dadurch zweifellos die Krise verschärft. Außerdem aber treiben die Syndikate bekanntlich eine sehr konsequente „auswärtige Politik“: sie verkaufen im Inlande ihr Produkt zu hohen Preisen, dagegen setzen sie im Auslande Eisen zu Schleuderpreisen ab. Das führt nun für die Fabrikanten, die fertige Eisenwaren herstellen, zu ungemein schwerwiegenden Konsequenzen: Sie sind zum Teil auf den Export angewiesen; auf fremden Märkten begegnet ihnen aber der Konkurrent, z. B. der belgische und englische, der ebenso wie sie deutsches Eisen verarbeitet, aber dieses Eisen 20 und 25 Prozent billiger kauft, trotz der Fracht. Natürlich werden so die deutschen Produzenten geschlagen, infolge eben der „Auslandspolitik“ der Syndikate. Außerdem: Ein Teil der Syndikatswerke geht allmählich dazu über, fertige Ware herzustellen; sie berechnen dabei natürlich für das Material, das sie verbrauchen, die wirklichen Produktionskosten, während die Fabrikanten, die keine eigenen Walzwerke ꝛc. besitzen, die Syndikatspreise zahlen. Auf diese Weise wird natürlich den Verbrauchern von „Halbzeug“, also der gesamten Maschinenindustrie und verwandten Industriezweigen das Leben sauer gemacht durch die Syndikatswucherer.

Die Interessen der deutschen Arbeiter sind im gegebenen Falle mit denen der benachteiligten Unternehmer identisch: Fertige Ware braucht zehn- und zwanzig- und oft hundertmal mehr Arbeit als Roheisen und Halbzeug; geht eine Tonne Stabeisen über die Grenze, so ist darin hundertmal weniger Arbeit enthalten, als in einer Tonne Schlosserware. Indem also die Syndikate das Roheisen und Halbzeug billig ins Ausland verkaufen und die Konkurrenz der Eisenindustrie lahm legen, bringen sie Tausende und Abertausende von hochqualifizierten Arbeitern um Lohn und Brot.

Was hat nun Herr Möller den klageführenden Opfern des Syndikatswuchers zu antworten? Das Berliner Tageblatt schreibt — wie angenommen wird im „Sinne des Herrn Möller“:

Die großen Stahlwerke im Westen, namentlich aber die Firma Thyssen, haben nun einmal vermöge ihrer Organisation und ihres Umfanges das Uebergewicht auf dem Halbzeugmarkte und machen von ihrer Macht rücksichtslosen Gebrauch. Es beweist aber eine Verkennung der realen Verhältnisse des Wirtschaftslebens, wenn jemand annehmen wollte, es könne irgend einem Mitgliede der

Regierung gelingen, die großen Werkbesitzer durch gütliches Zureden zu einer Veränderung ihrer Geschäftsgrundsätze zu veranlassen. Was die Regierung thun kann, um den Halbzeugverbrauchern entgegenzukommen, liegt vielleicht auf dem Gebiete des Veredlungsverkehrs. In den hierzu gehörenden Maßregeln erblickt die Regierung überhaupt eines der wichtigsten positiven Mittel gegen die Syndikate und Kartelle. Sie ist denn auch entschlossen, den Veredlungsverkehr zu fördern. Es liegt nun an den Halbzeugverbrauchern, ihre Aufmerksamkeit diesem Gebiete zuzuwenden, resp. sich zur Ausarbeitung specieller Vorschläge zu entschließen. Im übrigen liegt die Voraussetzung für Abhilfe der Beschwerden der Halbzeugverbraucher vorwiegend auf dem Gebiete der Selbsthilfe. Ob in dieser Beziehung die von den Halbzeugverbrauchern in Aussicht genommene Errichtung eines eigenen Stahlwerkes viel nützen wird, ist eine Frage, die die Interessenten selbst zu entscheiden haben. Viel wichtiger ist, daß die Werke, die auf den Bezug von Halbzeug angewiesen sind, nach einer Verständigung mit den großen Werken zu gelangen suchen, soweit es irgend geht.

Also — in erster Linie verweist Herr Möller die Interessenten auf die Selbsthilfe! Das ist in der Tat köstlich! Der gute Mann wäscht seine Hände in Unschuld: Er kann doch nicht durch Zureden die Herren Syndikatswucherer veranlassen, daß sie von ihrem gefährlichen Treiben lassen. Freilich, Herr Möller, der ja selbst in Leder macht, weiß das ganz genau, weiß, wie ohnmächtig solch ein armer Minister ist, selbst wenn der Monarch von ihm sagt: „das ist mein Mann". Aber wer, zum Kuckuck, hat denn den Syndikatswucherern die Macht in die Hand gegeben, wer hat sie zu Herren der Situation gemacht? Doch wohl zum Teil die Herren von der Regierung, die Macher der deutschen Zollpolitik. Hätten die Herren nicht den Schutz von Zöllen, die nahezu prohibitiv wirken, sie könnten ihre Preistreiberei und vor allem ihre „Auslandspolitik" nicht in so unverschämter Weise betätigen. Herr Möller legt auch selbst den Gedanken nahe: Zu helfen wäre wohl „auf dem Wege des Veredlungsverkehrs". Das will sagen: Wenn Halbfabrikate und Rohmaterial zollfrei eingelassen werden, unter der Voraussetzung, daß die hieraus hergestellten Waren wieder ausgeführt werden. Aber das ist natürlich nur halbe Arbeit, denn der Begriff „Veredlungsverkehr" ist doch ziemlich begrenzt. Wie einfacher und logischer wäre es, wenn Herr Möller, sobald er sich von dem Schaden der Syndikatspolitik überzeugt hat, sich gegen den Schutzzoll wenden würde, der diese Politik erst so gefährlich macht. Das wird aber Herr Möller schön bleiben lassen. Das Sprüchlein von der „Selbsthilfe", wo die Regierung die wirtschaftlich Ueberlegenen, die ausgefeimten Wucherer durch ihre Zollpolitik geradezu zum Mißbrauch der Macht gegen die Interessen der heimischen Volkswirtschaft anreizt, ist der reine Hohn.

Auf dem Gebiete des Kartellwesens ist noch folgendes zu registrieren:

Zwischen den österreichischen Eisenwerken Muranyi und Witkowik einerseits und den oberschlesischen Eisenwerken andererseits ist der bestehende Vertrag auf ein weiteres Jahr verlängert worden. Dieser Vertrag regelt die Absatzquantitäten nach Serbien, Bulgarien und Rumänien.

Gerüchtweise verlautet, daß zwischen den deutschen und amerikanischen Drahtstahlfabriken eine Abmachung bezüglich der Märkte auf dem amerikanischen Kontinente zu stande gekommen ist.

Es macht also das „nationale" Unternehmertum Deutschlands gerade zu der Zeit, wo seine Vertreter, die Nationalliberalen und Centrumsleute, sich im Schweiße ihres Angesichts abmühen, durch politische Verbrechen die Zollwucherpolitik durchzusetzen, ganz lustig in internationaler Verbrüderung. Bald „national" bis in die Knochen, bald „international" — wie es eben der Rebbach mit sich bringt.

J. Karski.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Da mit Erscheinen dieser Nummer des Steinarbeiters sämtliches Material zur Einrichtung des Verbandes verschickt worden ist, ersuchen wir alle diejenigen Lokalverwaltungen, die noch nicht im Besitze des erforderlichen Materials zur Errichtung einer Zahlstelle sind, oder nicht genügend Material erhalten haben, dies unverzüglich an uns zu berichten, damit wir das Fehlende schnellstens übermitteln können.

* * *

Um den Lokalverwaltungen die am 1. Januar vorgenommenen Aufnahmen von Mitgliedern zu erleichtern, gelangen von uns Aufnahmelisten zum Versand. Dieselben müssen in doppelten Exemplaren ausgefüllt werden. Einmal sollen dieselben dazu dienen, die Masseneintritte resp. Uebertritte in den Zentralverband aufzuzeichnen und dem Zentralvorstand auf diese Art die Mitgliederliste der betreffenden Zahlstellen herzustellen. Weiter sollen diese Listen als Mitgliederlisten bei der Polizei Verwendung finden.

Man beachte also dies und lege diese Listen doppelt an, sende ein Exemplar an den Zentralvorstand zurück und reiche das andere bei der Polizeibehörde ein. In Sachsen lasse man, aber nur in dem der Behörde zu überreichenden Exemplare, selbstverständlich die Minderjährigen weg.

In den Mitgliederlisten, welche an den Verbandsvorstand einzusenden sind, wolle man unter der Rubrik: Gewerbe angeben, ob Granit-, Sandstein-, Marmorarbeiter, Steinmetz, Brecher, Schleifer, Hauer 2c.

* * *

Wir ersuchen, bei Bestellung von Markenmaterial genau anzugeben, ob Verbandsmarken oder alte Beitragsmarken gemeint sind, da bei den vielen Bestellungen von alten Marken sonst leicht Irrtümer vorkommen können. Dasselbe gilt bei Bezahlung der Beitragsmarken.

Reste aus vorigem Jahre können nur mit alten Beitragsmarken beglichen werden.

Marken an Einzelzahler werden **nur** nach vorheriger Einzahlung des Betrages hier abgegeben.

* * *

Neue Beitragsbücher, welche verschrieben oder sonstwie unbrauchbar werden, sind einzusenden; dieselben werden durch andere ersetzt.

* * *

Einzelzahler wollen bei Einsendung ihrer Beiträge außer dem genauen Namen auch die Verbandsnummer mit angeben.

* * *

In den nächsten Tagen erhalten die Ortsverwaltungen eine Adressenkarte zugesandt, dieselbe ist genau nur mit den Namen ausgefüllt als Drucksache hier einzusenden; nachdem wird ein genaues Adressenverzeichnis angefertigt. Bis dahin bleiben vorläufig alle Adressenveränderungen unveröffentlicht.

* * *

Zur Beachtung für Reisende: Hameln fällt als Unterstützungsort fort, da sich dort eine Zahlstelle nicht gebildet hat; dafür werden in Osnabrück vier Tage ausgezahlt.

* * *

Trotz wiederholter Aufforderung, am Jahresschlusse abzurechnen, sind dem eine ansehnliche Zahl Orte nicht nachgekommen; wir ersuchen, dies in Bälde zu thun, damit wir unsere Bücher ordnen können.

* * *

Wir erwarten nun von den gewählten Lokalvorständen eine gewissenhafte Erfüllung aller Erfordernisse.

Der Zentralvorstand.

Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Versammlungs-Berichte sogenannte Oktavbogen (ca. 15 × 23 cm) zu verwenden, mit Tinte und nur auf einer Seite zu schreiben.

Brandenburg. In dem im Jahre 1902 erschienenen Steinarbeiter sind 162 Todesanzeigen von Kollegen gebracht. Es kommen hier nur Organisierte in Betracht, und ist nicht anzunehmen, daß alle der Verstorbenen einen Nachruf erhielten, trotzdem ist diese Zahl eine sehr große in Anbetracht der 6—7000 Organisierten unsrer Branche. Von diesen 162 ist bei 130 unsre Berufskrankheit, also Schwindsucht, angegeben, gleich 80,75 Prozent, verunglückt sind 1,75 Prozent, an sonstigen Krankheiten verstorben 13 Prozent, keine Angaben sind bei 4,50 Prozent gemacht. Letztere kann man getrost zu den an Lungenkrankheiten Verstorbenen zählen, da meistens eine längere Krankheitsdauer angegeben ist, das ergibt rund 85 Prozent. Rechnet man nun, daß dieser oder jener Kollege, oder die, welche unterwegs in Krankenhäusern ihr Dasein beschließen, keinen Nachruf erhielten, so ist schon hiermit erwiesen, daß die Sterblichkeit im allgemeinen, sowie besonders die von der Schwindsucht Dahingerafften, eine sehr große ist. Es ist anzunehmen, daß der Prozentsatz in Wahrheit noch ein viel höherer ist, denn in den Gegenden mit schlechtern Arbeitsbedingungen, mit langer Arbeitszeit, ist auch die Sterblichkeit eine größere. Das Durchschnittsalter der an der Schwindsucht Gestorbenen beträgt 37 Jahr 3 Monat, also ein Alter, wo viele erst ein geregeltes Leben beginnen. Auch hier würde sich das Durchschnittsalter noch ungünstiger gestalten, wenn alle Sterbefälle an Schwindsucht in Betracht kämen. Die hier am Orte in den letzten 25—26 Jahren verstorbenen Kollegen waren sämtlich lungenkrank, das höchste Alter, was erreicht wurde, war 41—42 Jahre, bei Berechnung des Durchschnittsalters würde sich dasselbe wohl nicht über 30 Jahre stellen. Trotzdem wollen die Herren Arbeitgeber nicht an das Ungesunde der Beschäftigung glauben und suchen dafür immer nach andern Gründen. Ein hiesiger Meister dürfte nun vor kurze Zeit doch wohl davon überzeugt sein, da sein Sohn wegen der ungesunden Beschäftigung bei einer Lebensversicherungsgesellschaft abgewiesen ist. Trotzdem wird seitens der Kollegen noch viel geschehen müssen, um die Arbeitgeber zu der Innehaltung des bißchen Bundesratsverordnung zu bewegen, um hierdurch unsere Beschäftigung etwas erträglicher zu gestalten.

Berlin I. Die letzte öffentliche Versammlung unter der alten Form der losen Organisation, welche am 11. d. M. im Englischen Garten, Alexanderstraße 27, stattfand, war sehr zahlreich besucht. Bevor man in die Tagesordnung eintrat, erhoben sich die Versammelten zu Ehren der verstorbenen Kollegen Hill, Schneider und Resch von den Plätzen. Da das Begräbnis des Kollegen Resch um 3 Uhr stattfindet, schlägt der Vertrauensmann vor, nur die wichtigsten Punkte zur Verhandlung zu stellen. Damit erklärt sich die Versammlung einverstanden. Der Vertrauensmann verliest hierauf die Abrechnung vom 4. Quartal 1902. Der Jahresbericht wird auf Wunsch der Versammelten bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Die Revisoren erklären, daß sie alles in bester Ordnung gefunden haben, worauf dem Vertrauensmann Decharge erteilt wird. Punkt 2 der Tagesordnung hieß: Wahl der Ortsverwaltung. Auf Vorschlag wird zuerst die Wahl des 1. Vorsitzenden, 1. Kassierers und Schriftführers vorgenommen. Als 1. Vorsitzender wird Kollege Hugo Walter vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Derselbe nahm das Amt an. Zum 1. Kassierer wird Kollege Joh. Marschall auch einstimmig gewählt, der sich auch bereit erklärt, das Amt zu verwalten. Zum Schriftführer werden die Kollegen Sieben und Winkler vorgeschlagen. Kollege Leonhard Sieben verzichtet erst zu Gunsten des Kollegen Winkler, wird jedoch einstimmig gewählt und nimmt dann auch das Amt an. Die Wahl des 2. Vorsitzenden wurde ziemlich schwierig, indem sämtliche vorgeschlagene Kollegen verzichteten, das Amt anzunehmen. Zuletzt wird Kollege Winkler einstimmig gewählt, der dann auch annimmt. Zum 2. Kassierer wird Kollege Huber einstimmig gewählt, der dies Amt nach einigem Sträuben übernimmt. Zu Revisoren wählt die Versammlung die Kollegen Geie und Rathensleben. Dieselben nehmen das Amt an. Im Punkt Verschiedenes werden drei Unterstützungsgesuche genehmigt, die Versammlung aufgefordert, sich recht zahlreich an der Beerdigung des Kollegen Resch zu beteiligen und hierauf die Versammlung geschlossen.

Bremen I. Am 6. Januar fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Zunächst verlas der Kassierer die Abrechnung, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurden verschiedene Punkte des Statuts bemängelt. Namentlich gaben die Unterstützungseinrichtungen hiezu Anlaß. Nicht nur die Reiseunterstützung sei mangelhaft; sondern auch bei Streikunterstützungen wurde mit Recht bedauert, daß den Streikenden nur Unterstützung für schulpflichtige Kinder bezahlt werden soll, da bei den Steinarbeitern doch vorwiegend jüngere Kinder oder Säuglinge vorhanden sind. (Anmerkung d. Red. Diese Angelegenheit wird sich wohl nach der Klarstellung des Vorstandes in letzter Nummer erledigt haben.) Jedenfalls bedürfen letztere der Unterstützung mindestens ebenso nötig wie erstere. Bei Aufnahme neuer Mitglieder meldete sich ein Kollege. Derselbe wurde zu den ihm schon früher gestellten Bedingungen aufgenommen. Im Verschiedenen wurde darauf hingewiesen, daß der Tarif nicht gekündigt worden ist, und derselbe ein weiteres Jahr Gültigkeit behält. Ferner wurde angeregt, jeden Monat eine Versammlung abzuhalten.

Breslau. Die am 9. Januar im hiesigen Gewerkschaftshause tagende Steinarbeiterversammlung fand die Abrechnung vom letzten Quartal für richtig und erteilte dem bisherigen Vertrauensmann Decharge. Es erfolgte sodann die Wahl des Vorstands, welcher sich aus folgenden Kollegen zusammensetzt: Vorsitzender Paul Werner, Kassierer Karl Stiller, Beisitzer Robert Müller. Als Revisoren wurden die Kollegen Paul Leuke und Karl Bendix gewählt. Von allen Rednern wurde alsdann das Verhalten der Firma Künzel u. Hiller gerügt, welche auch nicht das mindeste getan hat, um den Bestimmungen der Bundesratsverordnung gerecht zu werden. Es wurde beschlossen, dem Gewerbeinspektor eine Beschwerde einzureichen, um die dortigen, kaum glaublichen Mißstände zu beseitigen. Nach der Ermahnung eines Kollegen, in das neue Verbandssystem einen etwas regeren Geist hinüberzunehmen, schloß die, den jetzigen Verhältnissen entsprechend, ziemlich gut besuchte Versammlung.

Bunzlau. Am 8. Januar fand hier die übliche Monatsversammlung statt. Zunächst gab der Vertrauensmann die Abrechnung vom 4. Quartal, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. Es wurden nun die Neuwahlen des Vorstandes vorgenommen, bei welcher Kollege Hermann Lang als erster Vorsitzender, Otto Zimmermann als Kassierer und Joseph Lang als Schriftführer gewählt wurden. Es wurde bekannt gemacht, daß Kollege Otto Zimmermann als Vertreter der Arbeitnehmer der Steinbruchsberufsgenossenschaft Sektion VIII bis 1906 gewählt wurde. Eine rege Debatte entspann sich über die Maßregelung eines Kollegen, welcher gegen die Firma Schilling am hiesigen Gewerbegericht klagbar wurde. Es war die Ansicht vorherrschend, daß dies nur von seiten der Herren Poliere veranlaßt wurde. Hierbei ist zu bemerken, daß ein Herr Polier vor einigen Jahren in unserer Mitte mitarbeitete, auch gleichzeitig Leiter der Organisation war, derselbe glaubt nun auf dem hohen Pferde zu sitzen, und die Kollegen in jeder Art und Weise zu schikanieren. Er verstand es wohlweislich, als er Leiter der Organisation war, auf die Unternehmer zu schimpfen und ihre Maßnahmen zu kritisieren, daß derselbe den Arbeiter der Jetztzeit niedriger schätzt, tritt hier deutlich zu Tage. Die Steinarbeiter glauben nicht, daß Herr Schilling dies ungerechte Vorgehen der Poliere veranlaßt, daß den Arbeitern ihr zustehender Lohn vom Gerichtsvollzieher geholt werden muß. Betreffs dieser Maßregelung wurde beschlossen, die Kollegen tatkräftig zu unterstützen, um einem derartigen Vorgehen entgegenzusteuern. Gleichzeitig wurde erwähnt, daß sich der Distrikt bereit erklärt hat, bei etwaigen vorkommenden Maßregelungen gemeinsam vorzugehen, da es sich doch um ein und dieselben Interessen handelt. Im weitern wurde noch die Tarifkündigung besprochen, weil die eine Firma (deren Vertreter) erklärt hat, nicht mehr mit den süddeutschen Firmen konkurrieren zu können. Auch ist von einem Vertreter einer hiesigen Firma erklärt worden, daß die jetzigen Steinmetzen nicht mehr fähig wären, soviel zu leisten als wie in früheren Jahren, und ihr Verdienst nicht mehr auf derselben Stufe stehen könne. Den Steinarbeitern ist dies aus besseren Kreisen mitgeteilt worden. Diese Begründung wird von den Steinarbeitern energisch zurückgewiesen. Letzteres ist insoweit nicht stichhaltig und auch verwerflich, indem doch die Auswahl bei einem wirtschaftlichen Niedergang eine weit größere, und demnach die Leistung eine bessere ist. Außerdem wird der gegenseitig vereinbarte Lohntarif in sehr vielen Fällen von seiten der Arbeitgeber nicht innegehalten. Weiter ist noch zu erwähnen, daß hauptsächlich die Schneidemaschinen sehr drückend auf die Lohnverhältnisse wirken, weil dadurch der Steinmetz gezwungen ist, das Aufbänken öfter vorzunehmen als wie bei dem Rohmaterial.

Gotha. Am 6. Januar tagte im Gasthof zum Ritter eine Mitgliederversammlung, welche der Arbeitslosigkeit angemessen gut besucht war. Im 1. Punkt der Tagesordnung: Wahl des Lokalvorstandes, wurden als 1. Vorsitzender Schumann, als Kassierer Rausch und als Beisitzer Hay gewählt. Im 2. Punkt wurde das Verhalten der Geschäftsleitung gegenüber den Gothaer Kollegen, betreffs Zuzug nach hier, scharf kritisiert. 3. Tarifangelegenheiten auf Platz Bautz. Daselbst sind ja die Kollegen einen Schritt vorwärts gekommen, indem sich der Unternehmer Bautz endlich herbeiläßt mit den Kollegen zu unterhandeln; aber aufbessern will er nichts, da er glaubt, einen Tarif zu haben. (In demselben sind die früheren Preise um 20 bis 50 Prozent herabgedrückt und ein kompliziertes Stück kann überhaupt nicht ausgerechnet werden.) Wir ersuchen daher auch an dieser Stelle, den Platz „Bautz" zu meiden, da wir in diesem Fall eher in der Lage sind, menschliche Arbeits- und Lohnbedingungen zu erzielen, als wenn der Platz von Steinmetzen und Schleifern überschwemmt wird und dadurch, wenn auch indirekt, auf die Preise drücken.

Grünsfeld (Baden). Am 2. Januar fand hier eine gutbesuchte Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 4. Quartal; 2. Neuwahl; 3. Verschiedenes. Beim ersten Punkt verlas der Vertrauensmann die Abrechnung, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Es wurde ihm hierauf Decharge erteilt. Bei der Neuwahl wurde Kollege Bau als Vorsitzender, Kollege Schreck als Kassierer und Kollege M. Fröhlich als Beisitzer gewählt. Revisoren: Johann Schmidle und A. Lehmann. Die gewählten Kollegen dankten für das bewiesene Vertrauen und versprachen, nach bestem Können für die Interessen des Verbandes zu wirken. Im Verschiedenen wurde noch die jetzige Reiseunterstützungsform bemängelt und hervorgehoben, daß dieselbe kein Fortschritt, sondern eher ein Rückschritt zu nennen sei, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Hamburg I. Am 28. Dezember 1902 tagte hier eine sehr mäßig besuchte Versammlung. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom vierten Quartal. Demselben wird Decharge erteilt. Die Kommission der Krankenzuschußkasse erstattete Bericht, deren Beschlüssen die Versammlung im wesentlichen beistimmte. Somit tritt die Krankenzuschußkasse für die Steinarbeiter Hamburg I mit dem 1. Januar 1903 in Kraft; deren Beiträge werden zugleich mit den Verbandsbeiträgen erhoben, jedoch deren Gelder getrennt gebucht. Die genannte Kommission wurde des weiteren beauftragt, die Statuten auszuarbeiten und der nächsten Versammlung vorzulegen. Die Versammlung beschloß ferner, den Steinarbeiter für die Zukunft nicht mehr obligatorisch zu beziehen, sondern daß jeder organisierte Kollege vom 1. Januar denselben selbst zu beziehen hat. Jedoch wurde anerkannt, daß die Zentrale verpflichtet wäre, in Zukunft den Steinarbeiter obligatorisch einzuführen, wie es in den meisten Berufsverbänden schon jetzt der Fall ist, und sich diese Methode auch voll bewährt hat. Dieser Punkt soll bis zum nächsten Kongreß nochmals erörtert werden. Nun löste unser Vorsitzender den Fachverein der Steinmetzen Hamburgs auf, mit der Motivierung, daß der bisherige Vorstand bis auf weiteres die Geschäfte des neuen Verbandes zu besorgen hat. Mit dem Wunsche, daß der Verband blühen und gedeihen möge zum Wohle der Steinarbeiter Deutschlands, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Krippen. Am heutigen Tage fand eine Besprechung der organisierten Steinarbeiter statt. Infolge der großen Arbeitslosigkeit war die Beteiligung mäßig. Der bisherige Vertrauensmann Otto Hunger hielt die Abrechnung vom letzten Quartal und legte sein Amt nieder. Es wurde alles in bester Ordnung gefunden und der Vertrauensmann entlastet. Es wurde nun der neue Vorstand gewählt: Kollege Janasch 1., Hermann 2. Vorsitzender, Thiele Kassierer. Als Revisoren fungieren Klinke und Feist. Im Gewerkschaftlichen wurden verschiedene Mißstände zur Sprache gebracht. Es ging daraus hervor, daß die Bundesratsverordnung nur auf dem Papier steht. In einem hiesigen Hartsteinwerk hat man überhaupt keine Ahnung von deren Existenz. Die ehrbaren Meister haben sich wie es scheint nicht zu beklagen über zu große Belästigung von seiten der Gewerbeaufsichtsbeamten. Wenn die Herren die Räumlichkeiten, wo die Arbeiter ihre Mahlzeiten einnehmen und sich aus- und ankleiden, ebenso die Dächer besichtigen würden 2c., würde ihnen wohl Gelegenheit genug geboten, ihres Amtes zu walten. Ferner machen wir die Kollegen auf die diesjährige Reichstagswahl aufmerksam, daß Otto Hunger für den Sozialdemokratischen Verein des 8. sächsischen Reichstagswahlkreises die Vertretung für Krippen und Umgegend übernommen hat, und werden die Kollegen ersucht, recht zahlreich einzutreten.

Magdeburg. Am 1. Januar tagte hier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung, welche ziemlich gut besucht war. Zum 1. Punkt der Tagesordnung gab der Vertrauensmann Bericht über das 4. Quartal, welcher von den Revisoren für richtig befunden wurde. 2. Punkt: Wahl der Vorsitzenden. Bevor zur Wahl übergegangen wurde, nahm Kollege Heinrichs das Wort. Er führte aus, daß er schwer scheide aus der losen Organisationsform in einen Zentralverband. Es wurden gewählt als Hauptkassierer der Vertrauensmann K. Ohage, als Stellvertreter A. Fangohr. Als 1. Vorsitzender F. Wahrendorf. Stellvertreter Adolf Schellhase. Als Revisoren H. Hasenkrug und G. Bedau. Alsdann wurden die alten Bücher nachgesehen und neue ausgegeben. Zuletzt wurde beschlossen, daß die Versammlungen am letzten Sonnabend eines jeden Monats stattfinden. Zum dritten Punkt, Verschiedenes, wurde den Textilarbeitern in Meerane 10 Mark bewilligt.

Mannheim. Am Sonntag, den 4. Januar, fand hier eine Steinarbeiterversammlung statt. Kollege Kraft gab einen kurzen Aufschluß über den Verband, an der Hand des Verbandsstatuts. Er legte den Kollegen klar, daß es an der Zeit sei, jetzt, wo sich die Verhältnisse von Tag zu Tag verschlechtern, und wir zusehens auf ein immer niedrigeres Niveau herabgedrückt werden,

daß die Kollegen, die etwas mehr Einsicht besitzen, sich um so energischer der Sache annehmen, damit auch wir einmal einen Schritt vorwärts kommen. Es haben sich bereits 30 Kollegen zum Uebertritt eingetragen, ungefähr 10 weitere stehen in Aussicht, darum ist es Pflicht, daß jeder anwesende Kollege sich persönlich bemüht, daß die übrigen sich für den Verband einzeichnen. Hierauf wurde die Vorstandswahl vorgenommen.

München. Dienstag, den 6. Januar, tagte im Restaurant Müllerbad eine öffentliche gutbesuchte Steinarbeiterversammlung. Bei Punkt 1 erstattete der Vertrauensmann einen ausführlichen Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der letzten zwei Monate, sowie auch über seine Tätigkeit während des verflossenen Jahrs. Nachdem die Revisoren bestätigt hatten, daß Kasse und Bücher in musterhafter Ordnung sich befinden, wurde dem Vertrauensmann einstimmig von der Versammlung Decharge erteilt. Bei Punkt 2, Neuwahl eines Verbandsvorsitzenden, des Kassierers, des Schriftführers und der Revisoren, wurden, nachdem Kollege Mittermeier definitiv als Vorsitzender abgelehnt hatte, die Kollegen Joseph Fuchs als Vorsitzender, Karl Oswald als Kassierer, Heinrich Erlacher als Schriftführer und die Kollegen Johann Mittermeier, Joseph Berger und Joseph Link als Revisoren gewählt. Hierauf trat der neugewählte Ausschuß in Tätigkeit und wurde sofort zur Neuaufnahme wie zum Uebertritt in den neuen Verband geschritten. Ein Antrag, daß sämtliches Material, Bücher und Belege mit Siegeln verwahrt und nur durch einen Versammlungsbeschluß geöffnet werden dürfen betreffs einer Nachrevision, wurde einstimmig angenommen. Hierauf entstand eine rege Debatte über die Streik- und Reiseunterstützung. Laut Kongreßbeschluß erhält ein Kind bis zu 14 Jahren bei 35 Pfg. Beitrag wöchentlich eine Unterstützung von 50 Pfg. und ein Kind bei 40 Pfg. Beitrag 1 Mk. pro Woche. In den neuen Statuten steht aber jetzt, daß nur jedem schulpflichtigen Kind, also erst vom 6. Jahre an, diese Streikunterstützung zu gewähren sei. Von verschiedenen Rednern wurde dies gerügt. Die Versammlung verlangte von der Zentralleitung hierüber vollständige Aufklärung. Bei Reiseunterstützung wurde hauptsächlich deren schlechter Ausbau betont und waren mehrere Redner der Meinung, daß sich jetzt ein reisender Kollege leicht den Rekord als Schnelläufer erringen könnte. Beide Punkte werden in der nächsten Versammlung auf die Tagesordnung gesetzt und wird dementsprechend Stellung genommen. Auch sehen die Münchner Kollegen nicht ein, daß in der Zahlstelle, in der die Zentralleitung ihren Sitz hat, in der Weihnachtswoche keine Marken geklebt wurden, während es in sämtlichen andern Zahlstellen geschehen mußte. Auch dies bedarf der Aufklärung. Bei Unterstützung von Kranken ist die Versammlungskarte gültig und hängt diese von dem Besuch der Versammlungen ab. Die Höhe der Unterstützung wird die nächste Versammlung regeln. Kollege Mittermeier wies noch auf die kommenden Innungsschiedsgerichtswahlen hin und forderte die Kollegen, die bei Innungsmeistern beschäftigt sind, auf, sich rege an der Wahl zu beteiligen. Nach kurzer Debatte wurden die Versammlungstage bestimmt und zwar: bis 1. April 1903 jeden zweiten Sonntag im Monat Vormittags 10 Uhr und vom 1. April bis 1. Oktober jeden zweiten Sonnabend im Monat Abends 8 Uhr im Restaurant Müllerbad. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten besprochen waren und der neue Verbandsvorsitzende die Anwesenden aufgefordert hatte, ihn in seinem schweren Amte tatkräftig zu unterstützen und für den Ausbau des Verbands zu agitieren, schloß der Vorsitzende die schön verlaufene Versammlung.

München. Am 28. Dezember v. J. tagte im Restaurant Müllerbad, Hans Sachs-Straße, eine öffentliche Steinarbeiterversammlung, die trotz der wichtigen Tagesordnung nicht so besucht war, wie es sein sollte. Zum 1. Punkte erstattete Kollege Link als Delegierter des Gewerkschaftskartells Bericht über das verflossene Jahr der Tätigkeit. Auf Antrag des Delegierten Köstler wurde beschlossen, daß die Gewerkschaftsdelegierten künftig alle Vierteljahre Bericht zu erstatten haben. Bei der Neuwahl wurden sodann die Kollegen Köstler und Oswald Richard gewählt. Zum 2. Punkt: Bericht des Obmanns der Agitationskommission gab Kollege Link bekannt, daß während dieser Zeit vier Sitzungen stattgefunden haben. Es sei überhaupt schwer, eine richtige Agitation zu betreiben. Zur Neuwahl kann erst geschritten werden, wenn die Gaueinteilung perfekt ist. Der 3. Punkt lautete: Welche Pflichten obliegen den organisierten Steinarbeitern Münchens mit dem Uebertritt zum Verband am 1. Januar 1903? Vertrauensmann Mittenmaier erläuterte den neuen Verband in längeren Ausführungen. Kollege Link stellte den Antrag (?), genau nach den Vorschriften der Zentralleitung zu handeln, was auch sanktioniert wurde. Ein Antrag, es bei den Wochenbeiträgen von 40 Pfg., mit welchen München in die 1. Klasse eingeteilt ist, einstweilen zu belassen, wurde einstimmig angenommen. 4. Punkt: Verschiedenes. Den Meeraner Webern wurden 10 Mark aus der Lokalkasse genehmigt. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen. Der Vertrauensmann gab zum Schluß noch bekannt, daß für die Steinbruchgenossenschaft 6 Mann als Beisitzer vorgeschlagen sind.

Mühlhausen (Thür.) Am 7. Januar fand hier eine gutbesuchte öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Zunächst gab der Vertrauensmann die Jahresabrechnung bekannt, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. Betreffs Reiseunterstützung entspann sich eine lebhafte Debatte. Es wurde sehr gerügt, daß die Zentralleitung den Entwurf der Reiseunterstützung nicht früher bekannt gegeben habe, damit man noch rechtzeitig über dieses Unterstützungsei hätte beraten können. Auf dem Kongreß in Leipzig wurde beschlossen, Tagegelder, pro Tag 30 Pfg., einzuführen und die Einrichtung so zu treffen, daß den reisenden Kollegen Gelegenheit gegeben wird, Bruchdistrikte aufzusuchen, um daselbst Agitation zu betreiben; aber wie ist es bei dieser prachtvollen Einrichtung möglich, dies zu thun? Die Kollegen von Mühlhausen sind übereinstimmend der Meinung, daß dieses überhaupt keine Tagegelder sind, sondern das gleiche System, wie es früher bestanden hat, nur in einem bedeutend schlechteren Maßstabe. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung protestiert gegen die von der Zentralleitung festgesetzte Auszahlung der Reiseunterstützung, sie verlangt, daß jedem Kollegen freigestellt bleiben muß, wieviel Zeit er verbraucht von Ort zu Ort zu reisen, jedoch darf dieselbe acht Tage nicht überschreiten, und beauftragt die Zentralleitung, daß jede Zahlstelle angewiesen wird, die Höhe des Reisegeldes auszuzahlen für die Zeit, die der Reisende gebraucht hat, wenn derselbe acht Tage nicht überschritten hat. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Gernandt als Vorsitzender, Kollege Schneider als Kassierer und Kollege Mehl als Schriftführer gewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Baredich und Schreiber gewählt. Nachdem noch etliche örtliche Angelegenheiten zur Sprache gekommen, folgte mit einem Hoch auf den neugegründeten Verband Schluß der Versammlung.

Neundorf bei Pirna. Dienstag, 6. Januar, fand eine Mitgliederversammlung der Steinarbeiter des Gottleubatals im Weißen Roß in Pirna statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung (Organisation) erläuterte Kollege Safert die Gründe, die uns zur Umgestaltung der Form zwangen. Beim zweiten Punkt (Aufbringen der Beiträge) wurde beschlossen, dieselben wie bisher prozentual (zwei Prozent) zu erheben. Der örtliche Reiseunterstützungszuschuß von 75 Pfg. wird nicht mehr gewährt, somit werden die 5 Pfg. Platzkasse nicht mehr gesteuert. Ueber einen Antrag: Bei einem Verdienst bis 5 Mk. keine Marke zu kleben, das Feld als arbeitslos zu stempeln, die Prozente jedoch die zweite Woche mit zu versteuern, wurde kein Beschluß gefaßt, es soll erst die Ansicht des Zentralvorstands gehört werden. Zum dritten Punkt (Wahl der Vorstandsmitglieder) wurde das Resultat der Abstimmung auf den Plätzen bekanntgegeben. Als Vorstand wurde Kollege Otto Kühn, als Kassierer Kollege Wilhelm Hering und als Beisitzer (Schriftführer) Kollege Sirotek gewählt. Revisoren: Ziesche und Sirotek. Beim 4. Punkt (Verbandsangelegenheiten) wurden die Vergütungen für einzelne Posten festgesetzt. Der Vorstand erhält jährlich 50 Mk., Kassierer 120 Mk., der Schriftführer für ein Protokoll und Einsendung des Versammlungsberichts 1 Mk., Kartelldelegierter 3 Mk. pro Sitzung und Revisor 2 Mk. pro Quartal. Ein Antrag, das Platzvertretersystem beizubehalten und für die Sitzung 50 Pfg., wie bisher, zu gewähren, fand Annahme. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1902 ergab ein Defizit von 1420.44 Mk. Der Lokalfonds beträgt am 1. Januar 1903 1425.37 Mk., der Krankenunterstützungsfonds 169.88 Mk. Der Monatsbeitrag für den 8. Wahlkreis beträgt vom 1. Januar 1903 an 25 Pfg.

Nürnberg. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenken die Kollegen ihres verstorbenen Mitkämpfers Rabauer. Bei Punkt 1 hielt Kollege Klinger seine Quartals- und Jahresabrechnung und wurde dieselbe für richtig befunden; demselben wurde Decharge erteilt. Punkt 2, Vorstandswahl: 1. Vorsitzender, Koll. Klinger, wurde einstimmig wieder als solcher gewählt. Als Kassierer wurde Kollege Held, als 1. Beisitzer Kollege Graßmann und als Revisoren die Kollegen Geisel und Hasenstab gewählt. Die Kollegen Scheuerring und Liebl behielten ihr Amt als Vertreter im Gewerkschaftskartell bez. Arbeiterschutzkommission bei. Eine heftige Debatte entspann sich beim 3. Punkt: Diskussion. Es handelte sich da um Schwierigkeiten, welche jetzt entstehen werden mit den Kollegen der Umgebung von Nürnberg. Es betrifft die Kollegen von Mögelsdorf, Rüfersdorf, Lauf 2c., welche erst jung organisiert sind, und ob die für sich machen müssen, denn man kann sie doch hier nicht anmelden, wenn sie hier nicht wohnhaft sind, und als Einzelmitglieder ist die Zahl zu groß, 57 Mann. Wir überlassen es der Gauleitung, was die zu tun gedenkt, möchten aber ersuchen, uns mitzuteilen, was sie in dieser Sache tun will. Ein heftiger Protest wurde gegen die Reiseunterstützung erhoben. Die arbeitenden Kollegen sind damit nicht einverstanden, viel weniger noch die reisenden. Es wäre sehr angebracht, hier Remedur zu schaffen, denn die Reisenden müssen ganz Deutschland durchtippeln, um das Geld zu erlangen, was sie bis jetzt in einer besseren Weise erlangt haben. Wo bleibt der Name „60 Pfg. Tagegeld?" Im weiteren erhielt Kollege Römer 20 Mark bewilligt, weil er schon lange außer Arbeit ist und noch stets zur gerechten Sache gehalten hat.

Ottenhöfen (Schwarzwald). Sonntag, den 4. Januar, fand in der Linde hier eine Mitgliederversammlung statt. Trotzdem viele Kollegen krank sind, waren doch 19 erschienen. Uebergetreten sind 14 Kollegen, neu aufgenommen wurden 2. Da im Hotel Engel der Saal nicht frei war, wurde in der Linde die Versammlung abgehalten, wo uns der Lindenwirt seinen Saal jederzeit zur Verfügung stellt. Voriges Jahr konnten wir keinen Saal erhalten, und jetzt haben wir zwei. Mögen aber die Kollegen die beiden Wirte auch dementsprechend unterstützen. Gewählt wurden: Als Lokalvorstand Johann Pillin, Kassierer Attilio Ambrosetti, Beisitzer Robert Salvetti. Als Revisoren wurden Jettamanti und Magistris gewählt. Es wurde von einigen Kollegen sehr bedauert, daß die Statuten nicht in italienischer Sprache gesandt wurden. Kollege Pillin teilte mit, daß er schon einigemal an den Verbandsvorstand schrieb und die Antwort erhielt, in nächster Zeit solche zu bekommen. Auch wurde der Antrag gestellt, die Zentralleitung möge die statistische Lohnkarte übersetzen lassen. Die nächste Versammlung soll stattfinden, sobald die Statuten in italienischer Uebersetzung eingetroffen sind. Hoffentlich werden auch die deutschen Kollegen erscheinen. Ja, Kollegen, Ihr wißt doch, daß die Arbeitgeber sich organisiert haben, und soll auch einer dieser Arbeitgeber in der Versammlung, die sie abgehalten haben, in Achern (Brauerei Lamm), gesagt haben: Wir müssen sorgen, daß die Arbeiter nicht so viel verdienen. Es wird jetzt schon ganz wenig verdient, wie soll es erst dann werden, jedenfalls müssen dann die Arbeiter für die Arbeitgeber noch Geld mitbringen, daß die Arbeiter nur arbeiten dürfen.

Anmerkung des Berichtschreibers. Trotzdem finden es viele noch für notwendig der Organisation fernzubleiben. Lieber wird Leben und Gesundheit geschädigt, als einige Pfennige für den Verband zu opfern. Die Verhältnisse wurden schon öfters von verschiedenen Kollegen bekannt gegeben, aber es war erfolglos. Hoffen wir, daß ein jeder sich die Frage stellt: Muß es denn so sein? jahraus jahrein arbeiten wie eine Maschine, und am Jahresschluß keinen Pfennig haben; dagegen unsre Arbeitgeber können die Frage stellen: Herz, was begehrst? Würden die Kollegen etwas mehr nachdenken, so müßte ihnen der Gedanke kommen: Nein, es muß nicht so sein, ich gehe auch in die Reihen der Organisierten, ich helfe auch mit, daß es gelingt, das Joch der Lohnsklaverei von uns abzuwälzen, damit wir auch sagen können, wir sind Menschen.

Pilgramsreuth. Am 4. Januar fand hier eine gut besuchte Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Rechnungsbericht pro 1902. Neuwahl. Verschiedenes. Der Vertrauensmann eröffnete die Versammlung und erteilte zunächst dem Kassierer das Wort. Derselbe verlas die Rechnungen pro 1902 und betrugen die Einnahmen 792.50 Mark und die Ausgaben 772.75 Mark. Dieselben wurden von den Revisoren geprüft und für gut befunden. Hierauf erfolgte Neuwahl und wurde Johannes Wolf als 1. Verbandsvorstand gewählt und Erhard Moll als dessen Stellvertreter, Egidius Köhler als Kassierer und Andreas Kästner als Schriftführer wurden gewählt. Zu Revisoren wurden Andreas Puchta und Hans Rank bestimmt. Als Statistiker wurde Hans Wolf wiedergewählt. In das Kartell wurden Georg Werner, Johann Pohrer und Gottfried Schimmel delegiert. Im Verschiedenen wurden noch einige örtliche Angelegenheiten besprochen, auch wurden einem kranken Kollegen 10 Mark als Unterstützung aus der Ortskasse gegeben.

Würzburg. Am 11. Januar d. Js. tagte hier eine mäßig besuchte Mitgliederversammlung, welche sich mit folgender Tagesordnung beschäftigte: 1. Stellungnahme zur Reiseunterstützung. Es sprachen sich hiezu einige Kollegen dahingehend aus, daß es agitatorisch mehr wirken würde, den reisenden Kollegen mehr Reiseunterstützung auszuzahlen, da es doch Kongreßbeschluß ist, Tagegelder auszuzahlen und nicht den Zweigvereinen vorgeschrieben sei: „so viel dürft Ihr bloß auszahlen", zumal die Zahlstellen im Süddeutschen ziemlich weit voneinander liegen. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung erklärt sich mit der jetzigen Reiseunterstützung durchaus nicht einverstanden und verlangt, daß wirkliche Tagegelder zur Einführung gelangen. Das gesteckte Ziel — nämlich, daß die weniger organisierten Gegenden mehr von den Fremden besucht werden sollen — wird durch die jetzige Unterstützung nicht erreicht werden, sondern es werden sich in Zukunft die Kollegen hüten, überhaupt noch in Süddeutschland zu reisen. Es wäre aber für uns von größtem Interesse, wenn sich hier mehr fremde Kollegen aufhalten würden. Aus diesem Grunde müssen wir die jetzige Reiseunterstützung verwerfen." Zum zweiten Punkt: Oertliche Angelegenheiten, wurde besprochen, wie unsere Eingabe an den Stadtmagistrat, die genehmigt wurde, von den Unternehmern hintergangen worden ist.

Soziales.

Leipzig. Der hiesige Gemeinnützige Verein will für die Stadt Leipzig eine Arbeitslosenversicherung anstreben. Am 10. Januar fanden sich im Künstlerhause die Honoratioren der Stadt sowie — Professoren der Universität und einige andere — Philanthropen ein, um der sozialen Misere der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten. Schon die Zusammensetzung dieser Gesellschaft muß stutzig machen, denn dieser Vereinigung gehören auch Großindustrielle an, und ob es solchen Leuten überhaupt ernst ist, dieser Frage näher zu treten, ist zweifelhaft. Kürzlich haben in demselben Raume, in dem man über die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung gesprochen hat, die Arbeitgeber für das Baugewerbe erklärt, daß sie „entschieden gegen eine öffentlich-rechtliche Zwangsversicherung" sind. Die beabsichtigte Arbeitslosenversicherung soll sich an die in Köln bestehende Einrichtung dieser Art anlehnen, nur sollen die Fehler, die sich in letzterer Stadt bemerkbar gemacht haben, vermieden werden. Damit wird natürlich ein etwaiges Bestreben der Arbeiter, sich gegen die Arbeitslosigkeit zu versichern, keineswegs gefördert. Das Garantiekapital, das man zu einer derartigen Einrichtung für erforderlich hält, ist auf 100 000 Mk. geschätzt worden und soll durch „Freunde und Gönner gemeinnütziger Bestrebungen" aufgebracht werden. Weiter rechnet man auf freiwillige Jahresspenden, auf die Mithilfe der Stadtgemeinde und auf die der Unternehmer in der Weise, daß die letzteren die der Versicherung angehörenden Arbeiter bei der Einstellung bevorzugen. Das alles aber sind nur Beihilfen. Die Deckung der normalen Leistungen, etwa 1 Mk. pro Tag für den Arbeitslosen, sollen durch die versicherten Arbeiter selbst aufgebracht werden. Man rechnet auf einen regelmäßigen Wochenbeitrag von 30 Pfg. Saisonarbeiter, wie die Maurer, müßten, wenn ihre Aufnahme überhaupt erfolgt, etwa den doppelten Beitrag leisten.

Der große Meeraner Weberstreik, der volle 13 Wochen gedauert hat, ist beendet. Am Montag früh begannen die Schlote wieder zu rauchen und Schiffchen zu sausen. Die Streikenden, die in beinahe beispielloser Einmütigkeit im Kampfe ausharrten, dürfen mit dem Erreichten zufrieden sein und sind es auch, das bewies die Begeisterung in den drei Massenversammlungen am Sonnabend. Wir müssen es fachlich berufener Seite überlassen, das Erreichte zu besprechen. Nur eins heben wir hier hervor, nämlich die Errungenschaft eines einheitlichen Lohntarifs, der im Interesse sämtlicher Arbeiter, aber auch im Interesse der Mehrzahl der Unternehmer ist. Die Unternehmer, die mit Hilfe der erbärmlichsten Lohndrückereien eine Schmutzkonkurrenz bereiten, sind nun gezwungen, gleichfalls höhere Löhne zu zahlen. Das ist ein mächtiger Fortschritt, der die Position der Meeraner Textilarbeiter wesentlich verbessert. Wertvoll ist auch die nunmehr eingesetzte siebengliedrige Tarifkommission, der je drei Arbeitnehmer und Unternehmer angehören, sowie ein Stadtrat als Vorsitzender. Diese Kommission ist für Einzelstreitfälle zuständig. Beachtenswert ist ferner, daß die Unternehmer auch den Beweis geliefert erhalten haben, daß es viel richtiger ist, bei Differenzen mit der Organisation zu verhandeln. Wochenlang lehnten die Unternehmer es ab, mit dem Textilarbeiterverband Unterhandlungen zu pflegen; schließlich mußten sie sich doch zu einer andern Ansicht und Praxis bequemen. Für den ungebrochenen Mut und die Kampfesfreudigkeit der Ausständigen ist folgendes ein sprechender Beweis:

Bei Abschluß der Einigung am Sonnabend verlangten die Unternehmer, daß schon am Montag die Arbeit aufgenommen werde. Die Streikenden wollten aber den Montag frei haben, um an der Beerdigung eines verstorbenen Kollegen teilnehmen zu können. Die Vertreter der Arbeiter willigten schließlich in den Montag ein. Obwohl nun die Ausständigen mit den sonstigen Vereinbarungen durchaus einverstanden waren, sich über das Erreichte freuten, wurde der Passus bezüglich des Montag mit Unwillen von den Versammlungen aufgenommen. Unter dem stürmischen Beifall der Streikenden erklärten einzelne Weber, daß die Arbeiter am Montag einfach nicht beginnen werden mit der Arbeit. Es gelang aber den Referenten, die Streikenden anders zu belehren. Der Vorgang zeigt, daß von Mutlosigkeit unter den Streikenden keine Rede sein konnte. Der dreizehnwöchentliche Kampf hat im Gegenteil die sonst so bescheidenen und gutmütigen Weber in Meerane kampfesmutig gemacht, ihre Widerstandsfähigkeit gestählt, wie auch ihr Vertrauen in die Macht und Kraft der Organisation, die in diesem Kampfe ein Opfer von rund 200 000 Mk. gebracht hat. Der siegreich beendete Meeraner Weberstreik, siegreich beendet mitten in der Krise, muß den Arbeitern eine erneute Lehre sein, was mit Hilfe der Organisation geleistet werden kann, und wie ungeheuerlich sich die Arbeiter an sich und ihrer Klasse versündigen, die in unheilvoller Verblendung den Organisationen fernstehen. Welche Unsumme von Mißständen könnte beseitigt werden, wenn die überaus große Mehrzahl der Arbeiter endlich einmal statt Feigheit und Indifferentismus, Solidarität und Opfermut zeigen würde. Hoffentlich hat der soeben beendete Meeraner Kampf für die Arbeiterschaft auch noch den Wert, daß Tausende einsehen, wie wertvoll eine Organisation ist. Den Meeraner Webern, und vor allem den Arbeiterinnen, kann man die Anerkennung nicht versagen, musterhaft und glänzend gefochten zu haben in dem Kampfe, den sie nicht suchten, sondern der ihnen aufgedrängt worden ist.

Der Deutsche Metallarbeiterverband plant eine Erweiterung des Unterstützungswesens und zwar soll die Krankenunterstützung nebst Gewährung eines Sterbegeldes, ferner die teilweise Vergütung der Umzugskosten zur Einführung gelangen. Die Unterstützung bei Maßregelung und Streiks soll dahin umgeändert werden, daß nach einer Karenzzeit von 26 Wochen an verheiratete männliche Mitglieder 14 Mk., an weibliche 7 Mk. bezahlt werden sollen; für die ledigen Mitglieder sind für männliche 12 Mk., für weibliche 6 Mk. in Aussicht genommen. Außerdem sollen männliche wie weibliche Mitglieder für jedes ihrer Fürsorge unterstehende Kind pro Woche 1 Mk. erhalten. Die Krankenunterstützung ist so gedacht, daß sie für männliche Mitglieder wöchentlich 6 Mk., für weibliche 3 Mk. beträgt. Nach neunjähriger Mitgliedschaft steigt die Bezugsdauer dieser Unterstützung bis zu 13 Wochen, während sie bei einjähriger Mitgliedschaft nur für 9 Wochen bezahlt wird. Das Sterbegeld ist mit 30 Mk. festgesetzt und soll von Jahr zu Jahr um 5 Mk. bis zum Höchstbetrage von 100 Mk. steigen. Die Umzugskosten können an arbeitslos gewordene Mitglieder schon nach einjähriger Mitgliedschaft mit 20 Mk. bezahlt werden, wenn die Entfernung mindestens 30 Kilometer beträgt. Sie steigern sich analog des Sterbegeldes um jährlich 5 Mk. bis zum Höchstbetrage von 40 Mk. Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes veröffentlicht diese Vorschläge schon jetzt, damit sie von den Mitgliedern ausgiebig diskutiert werden können. Sollten dieselben von der Generalversammlung angenommen werden, so soll der Beitrag für männliche Mitglieder von 30 auf 50 Pfg. und für weibliche von 10 auf 25 Pfg. erhöht werden.

Zur Erforschung der Tuberkulose hat die Regierung in den Reichshaushalt für 1903 verschiedene Posten eingestellt. Die Forschung soll hauptsächlich zwei Fragen lösen: einmal, ob Beziehungen zwischen der Perlsucht der Rinder und der menschlichen Schwindsucht bestehen, und dann, ob es gelingt, durch ein Heilserum Menschen und Tiere gegen Ansteckung zu schützen. Die Beantwortung beider Fragen soll durch erfolgreiche Versuche ermöglicht werden. Namentlich sollen die Versuche von Koch und Schütz wiederholt werden, aus deren Ergebnissen gefolgert wurde, daß die menschliche Tuberkulose auf das Rind nicht übertragbar ist. Stellt es sich heraus, daß zuweilen beim Menschen Tuberkelbazillen gefunden werden, die Rinder krank zu machen vermögen, so wird in jedem Falle festzustellen sein, ob die Wahrscheinlichkeit vorliegt, daß diese Bazillen vom Rinde stammen, ob also die Ansteckung des Menschen von einem perlsüchtigen Rinde ausgegangen ist. Auf diese

Weise würde sich ermitteln lassen, wie häufig bei menschlichen Erkrankungen Tuberkelbazillen gefunden werden, die in ihrem Verhalten mit den Perlsuchtbazillen übereinstimmen, und ob der Uebertragung vom Rinde her eine größere oder geringere Bedeutung für die Entstehung und Verbreitung der Tuberkulose unter den Menschen zukommt.

Die Versuche sind im Frühjahr vorigen Jahres in Angriff genommen. Gegenwärtig befinden sich im Versuch etwa 50 Rinder, die in den Ställen des Seuchengehöfts des Gesundheitsamts in Dahlem untergebracht sind. Da jedes Tier etwa fünf Monate lang beobachtet werden muß, bevor es getötet und der Befund aufgenommen werden kann, so ist stets eine erhebliche Zahl von Versuchstieren vorhanden. Wie schwierig und zeitraubend die Versuche sind, geht daraus hervor, daß die genaue Feststellung der Eigenschaften einer Tuberkelbazillenkultur, von dem Augenblick der Gewinnung an gerechnet, etwa 10 bis 12 Monate in Anspruch nimmt. Aus diesem Grunde werden die Versuche sich in dem laufenden Rechnungsjahr noch nicht zum Abschlusse bringen lassen, vielmehr den größten Teil des folgenden Jahres noch in Anspruch nehmen.

Sobald über diese erste der oben erwähnten Fragen genügende Klarheit gewonnen und Raum für andere Versuchstiere in den Dahlemer Ställen vorhanden sein wird, soll die Frage der Schutzimpfung gegen Perlsucht in Angriff genommen werden.

Zur ununterbrochenen Fortführung der bezeichneten Untersuchungen wird ein Betrag von 65 000 Mk. für das Rechnungsjahr 1903 für erforderlich erachtet.

Bei der Bekämpfung der menschlichen Tuberkulose ist in Deutschland das Schwergewicht von vornherein auf die Behandlung der Erkrankten in geeigneten Heilanstalten gelegt worden. Ein abschließendes Urteil über den Wert der Heilstättenbehandlung konnte bisher nicht gewonnen werden, auch nicht darüber, ob die Erfolge der Behandlung in Lungenheilstätten im richtigen Verhältnisse zu den für den Bau der letzteren bisher verwendeten beträchtlichen Summen — von mehr als 30 Millionen Mark — stehen oder ob minder kostspielige Einrichtungen genügen würden. Um das zu ermitteln, sollen Zählarbeiten eingeleitet werden, wofür 15 000 Mk. ausgeworfen sind. Zur richtigen Abschätzung des Wertes der Anstaltsbehandlung ist es besonders wichtig, über die Dauer der erzielten Heilerfolge Aufschluß zu gewinnen. Das ist nur durch Nachuntersuchung möglich. Den beteiligten Stellen sollen dafür in Zukunft Kostenzuschüsse gewährt werden. (10 000 Mk.)

Die durch Forschungen auf dem Gebiete der menschlichen und tierischen Tuberkulose entstehenden Kosten werden sich demnach im Rechnungsjahr 1903 auf (65 000 + 15 000 + 10 000) = 90 000 Mk. belaufen. Ein weiterer Beitrag von 60 000 Mk. wird, wie für das Vorjahr, dem Deutschen Centralkomitee zur Errichtung von Heilstätten für Lungenkranke zu überweisen sein.

Gerichtliches.

Polizeilichen Unfug mit den Mitgliederlisten der Gewerkschaften hat die „löbliche" schon häufig getrieben, indem die eingereichten Listen sofort den Unternehmern zur Verfügung gestellt wurden. Diese haben in den häufigsten Fällen dann nichts Eiligeres zu tun, als die darauf Verzeichneten zu entlassen. Dadurch ist schon gar oft das Zustandekommen einer Organisation verhindert worden. Etwas ähnliches scheint auch in Kolmar (Provinz Posen) vorgegangen zu sein. Dort wurde am 1. Dezember v. J. eine Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes gegründet. Fast sämtliche Tischler der beiden am Orte befindlichen Baugeschäfte, Retzlaff und Hartmann, traten dem Verband bei. Die Mitgliederliste ist der Polizei sofort nach der Gründung der Zahlstelle eingereicht worden. Am Sonnabend, den 6. Dezember, bei der Lohnzahlung, erschien der Unternehmer Retzlaff in Begleitung seines Vertreters, und im Besitz einer Liste, die merkwürdigerweise ganz genau übereinstimmte mit derjenigen, die der Polizei eingereicht worden ist. Die neuen Verbandsmitglieder sollten nun sogleich erfahren, wie wenig Achtung ihr Arbeitgeber vor dem Koalitionsrecht der Arbeiter hat. Mit der Bemerkung: Solche Leute, die dem Verband angehören, können wir in unserem Betriebe nicht gebrauchen, erhielten alle, die auf der Liste standen, die Kündigung, der am 20. Dezember die Entlassung folgte, weil die Arbeiter auf ihr Koalitionsrecht bestanden. — Man kann wohl nicht gut annehmen, daß solche Dinge reglementmäßig sind, sondern man wird sie als die Uebergriffe allzu eifriger Beamten anzusehen haben, welche die Bekämpfung der Arbeiter im Nebenamte besorgen. Daß jemals auf solche amtliche Vertrauensbrüche — denn als solche sind sie immer anzusehen — schon eine Bestrafung erfolgt ist, davon hat man bisher nichts gehört. Um solches feststellen zu können und weiter, um zu sehen, wie sich die Richter zu solcher absichtlichen Schädigung der Arbeiter stellen, wäre schon dazu zu raten, in Fällen, wo ein solcher Mißbrauch mit einer für die Polizeibehörde bestimmten Mitgliederliste nachzuweisen ist, einmal den Klageweg zu beschreiten.

Submissionsresultate.

Submissionsresultate. Die Ausschreibung der Notstandsarbeiten in Spandau (Niederlegung der Festungswälle) hat eine prächtige Submissionsblüte gezeitigt. Nach der Zeitschrift Kommunale Praxis wurden 17 Unternehmer zur Abgabe von Offerten aufgefordert. Die einzelnen Forderungen bewegten sich zwischen 12 500 und 63 000 Mk. Diejenigen, die den höchsten Betrag verlangten, hatten ihrer Berechnung den in Spandau für ungelernte Arbeiter üblichen Tagelohn von 3 Mk. bis 3.50 Mk. zu Grunde gelegt. Da es sich bei dieser Angelegenheit, abgesehen von der Vorhaltung einiger Geräte, lediglich um zu leistende Arbeit, aber nicht um Materiallieferung handelt, so erscheint es rätselhaft, wie derjenige Unternehmer, der die billigste Offerte eingereicht hat, die Arbeiter zu entlohnen gedachte. Es fällt dabei noch ins Gewicht, daß ausschließlich ortsansässige Arbeiter, nicht aber die mit geringerem Lohn zufriedenen polnischen Erdarbeiter eingestellt werden durften.

Einheitliche Regelung des Submissionswesens. Seitens des alle bestehenden 71 Handwerkskammern umfassenden Bundes der deutschen Handwerkskammern ist den staatlichen und kommunalen Behörden ein Entwurf von Bestimmungen übergeben worden, die die Grundzüge zu einer einheitlichen Regelung der öffentlichen Vergebung staatlicher und kommunaler Arbeiten und Lieferungen enthalten. Sie sind so abgefaßt, daß sich mit Leichtigkeit Aenderungen je nach den örtlichen Bedürfnissen anbringen lassen. Es ist anzunehmen, daß die meisten Behörden bereit sein werden, fortan die öffentliche Vergebung ihrer Arbeiten und Lieferungen auf Grund dieser wohldurchdachten Bestimmungen vorzunehmen. Danach ist in der Hauptsache die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen an Generalunternehmer auszuschließen. Ferner sollen in der Regel bei der engeren Wahl Personen und Firmen, die für sich in Strafanstalten arbeiten lassen oder vorwiegend Ausländer beschäftigen, oder sich bereits in Konkurs befunden und dadurch andere in ihrem Vermögen geschädigt haben, nicht berücksichtigt werden. Der Zuschlag soll nicht mehr dem Mindestfordernden, sondern demjenigen erteilt werden, dessen Forderung dem Mittelpreise aus der Summe aller in die engere Wahl gelangten Angebote am nächsten kommt. Bei einem Ausstande soll die Lieferzeit entsprechend verlängert und eine eventuell infolge des Ausstandes eingetretene Lohnerhöhung im Preisanschlag entsprechend angerechnet werden. Dies sind die wesentlichen Punkte des Entwurfs.

Rundschau.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Löbejün. Dieser Tage hatte der Steinbrucharbeiter Winterfeld jun. bei Besetzung eines Bohrloches in Bergers Bruch das Unglück, daß ein Schuß ihm vorzeitig losging und ihn im Gesicht und an den Händen schwer verletzte.

Lauban i. Schl. Dieser Tage hatte sich im Bertelsdorfer Basaltbruche am Hofeberge ein schwerer Unglücksfall zugetragen. Von herabfallenden Gesteinsmassen wurde der in Bertelsdorf wohnhafte Diettrich verschüttet, wobei er schwere Verletzungen am Kopf und an den beiden Händen erlitt.

Paderborn. Ein schweres Unglück ereignete sich vor kurzem auf dem Kalksteinbruche der Firma Evers in Büren. Ein Sprengschuß ließ ungewöhnlich lange auf sich warten und die beim Sprengen beschäftigten Arbeiter traten an die betreffende Stelle heran, um die Arbeit fortzusetzen. In diesem Augenblick entlud sich der Schuß, und die umherfliegenden Steinmassen trafen die Arbeiter, von denen drei schwer, einer leichter verwundet wurden. Zwei wurden nach hier in das Vinzenzkrankenhaus gebracht, wo sie hoffnungslos daniederliegen.

Plauen i. V. Im Mädlerschen Steinbruch ereignete sich am 30. Dezember 1902 eine Dynamitexplosion, wobei zwei Arbeiter schwer verletzt wurden; an ihrem Aufkommen wird gezweifelt.

Saalfeld a. S. Im städtischen Steinbruch in der Arnsgereuther Flur explodierte auf bisher nicht aufgeklärte Weise eine in einer Frühstücksstube aufbewahrte Menge Dynamit. Ein Arbeiter wurde getötet, einer leicht und einer schwer verletzt.

Mittweida. In einem Steinbruche in Neudörfchen bei Mittweida kam der verheiratete Arbeiter Dietze durch einstürzende Steinmassen zu Schaden, er erlitt einen Knochenbruch und andre schwere Verletzungen.

Pfändung bei schwankenden Lohnforderungen. Das Lohneinkommen eines Arbeiters ist nach dem Gesetze nur insoweit pfändbar, als es den Betrag von 1500 Mk. jährlich übersteigt. Nun ist dieses Einkommen häufig eines von Woche zu Woche oder von Monat zu Monat schwankendes. Angenommen, es übersteigt eine Zeitlang den Betrag von 125 Mk. monatlich, und es kann für wahrscheinlich gelten, daß nach Ablauf eines Jahres ein Betrag von mehr als 1500 Mk. herauskommt. Muß dann der Gläubiger den Ablauf des Jahres abwarten, oder darf er von dem Monatslohn so viel pfänden lassen, wie der Schuldner mehr als 125 Mk. empfängt? Das Kammergericht hat sich kürzlich für die letztere Ansicht entschieden. Wollte man, heißt es in seiner Begründung, die Pfändung bei schwankenden Lohnforderungen davon abhängig machen, daß sich am Ende des Jahres ein Einkommen von über 1500 Mk. zu Gunsten des Schuldners ergeben hat, so würde dies in den weitaus meisten Fällen solcher Art die Wirksamkeit der Pfändung völlig erfolglos gestalten. Wie aber, wenn sich am Jahresschluß ergiebt, daß weniger als 1500 Mk. verdient worden sind? Dann kann der Schuldner von seinem Gläubiger die zu viel gepfändete Summe zurückfordern. Man wird gegen diese Rechtsgrundsätze wenig einzuwenden haben, wenn die Gerichte es nur mit der Feststellung der Voraussetzung des ganzen Verfahrens genau nähmen, nämlich mit der Entscheidung der Frage, ob es wirklich wahrscheinlich ist, daß der Schuldner im Jahre mehr als 1500 Mk. bezieht. Sie dürfen sich natürlich nicht mit dem Nachweis begnügen, daß der Lohn in ein oder zwei Monaten 125 Mk. überstiegen hat, sondern werden diesen Nachweis für eine längere Periode fordern müssen.

Generalversammlung. Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes setzt die 4. ordentliche Generalversammlung auf den 1. Juni fest. Dieselbe findet im Gewerkschaftshause zu Berlin statt.

Litterarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 15. Heft des 21. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Was nun? — Lehren des französischen Bergarbeiterstreiks. Von B. Kritschewsky. — Aerztliche Kunst und medizinische Wissenschaft. Von Georg Wagner. — Beitrag zum Problem der Moral. Von Robert Michels. — Die Glasindustrie und ihre Arbeiter. Von Georg Horn. — Notizen: Marat als Kriminalist. Literarische Rundschau.

Die Dokumente des Sozialismus (herausgegeben von Ed. Bernstein) sind mit dem 1. Januar 1903 in den Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. übergegangen. Der Abonnementspreis ist wesentlich verbilligt worden, er beträgt von jetzt an nur 2.25 Mk. pro Quartal, das einzelne Heft kostet 75 Pfg. Die Dokumente des Sozialismus erscheinen monatlich einmal. Aus dem Inhalt des vorliegenden ersten Heftes heben wir hervor: I. Kritische Bibliographie des Sozialismus. Bulletin des Internationalen Arbeitsamts. — Die bevorstehende Reichstagswahl. Von A. Bebel. — Statistische Erhebungen in den Buchbindereien und verwandten Berufen Deutschlands im Jahre 1900. — Die soziale Bedeutung der Maschinen in der Landwirtschaft. Von Gustav Fischer. — Die agrarische Gefahr. Von Paul Göhre. — Ueber Kartelle. Von Dr. Josef Grunzel. — Die Arbeitslosenunterstützung in den deutschen Gewerkschaften. Von Fanny Imle. — Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche. Von Karl Kautsky 2c. II. Aus der Geschichte des Sozialismus. Der „heilige Max". Aus einem Werke von Marx-Engels über Stirner. — Dokumente zur Geschichte des Sozialismus im Urchristentum. 1. „Die Lehre der zwölf Apostel." — Ein Brief F. M. Buonarottis. — III. Urkunden des Sozialismus. Beschlüsse und Manifeste des Berliner Zentralkomitees für Arbeiter (1848). — IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften. — V. Anfragen und Nachweise.

Von der Hütte, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend (Dresden, Verlag H. Wallfisch) ist soeben das 19. Heft erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Liebe ist ewig. Roman von Wilhelm von Polenz. — Neujahrsgruß. Gedicht von Otto Ernst. — Religion. Von J. Stern. — Aus der Jugendzeit des Kommunismus. Von Gustav Jaeckh. — Theodor. Gedicht von Ferdinand Avenarius. — Der stille See. Märchen von Karl Ewald. — Schau ich in die tiefste Ferne. Gedicht von Friedrich Hebbel. — Hans Holbein der Jüngere. Von John Schikowski. — Die Kraftmaße unserer Maschinentechnik. Von K. H. — Ein Abtrünniger. Von Anton Fendrich. — Der Tod des Pfarrers Weidig. Von Franz Lauffötter. — Notizen. — Kunstbeilage: Hans Holbein der Jüngere: Erasmus von Rotterdam.

Die Freien Stunden sind jetzt in ihren 7. Jahrgang eingetreten. Der Erfolg, den sich diese Wochenschrift für das arbeitende Volk in der Zeit ihres Bestehens errungen hat, zeigt zur Evidenz, daß der von ihr betretene Weg der richtige ist und das Streben der Redaktion die richtige Würdigung findet. Die Schriftleitung der Freien Stunden geht wie bekannt, davon aus, daß die besseren Werke nicht allein der neueren, sondern auch der älteren Romanlitteratur Gemeingut der arbeitenden Bevölkerung werden sollen und bringt daher in geschickter Gruppierung Werke der bekanntesten Autoren.

In dem jetzt vollendeten 6. Jahrgange finden wir des älteren Alexander Dumas populären Roman Die drei Musketiere, ferner Wilhelm Raabes Schwarze Galeere und eine Novellenfolge von Robert Schweichel, die unter dem Gesamttitel Aus dem Leben der Enterbten ergreifende Schilderungen der Proletarierwelt enthält.

Der neue Jahrgang führt der Arbeiterschaft einen populären ungarischen Dichter vor. Von Maurus Jokai wird der Roman Ein Goldmensch veröffentlicht, der sich durch reiche Phantasie und spannende Handlung auszeichnet. Ferner werden wir mit dem elsässischen Schriftsteller-Paar Erckmann-Chatrian in seiner zur Zeit der französischen Revolution spielenden Erzählung Frau Therese bekannt gemacht. Eine kurze Biographie von Jokai sowie allerhand Miszellen vervollständigen den Inhalt des ersten Heftes der Freien Stunden. Der billige Preis von 10 Pfg. für das allwöchentlich erscheinende Heft wird dazu beitragen, daß den alten Freunden dieser Zeitschrift viele neue hinzugeführt werden. Alle Zeitungskolporteure sowie die Expedition unseres Blattes nehmen Bestellungen auf die Freien Stunden entgegen.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Braunschweig. Der Zweigverein Braunschweig ersucht die Kollegen Karl Burner (Schmie), Otto Gleditsch (Altenberg), Oskar Lässig (Irchwitz), Richard Hanisch (Frankfurt), Paul Paschke (Frankfurt), Karl Pulz (Nienburg), Rudolf Langguth (Zwickau), Ernst Brandes (Hannover) ihre Verbandsnummer unverzüglich Unterzeichnetem mitzuteilen. Gleichfalls ersuche ich die Zweigvereine, wo obige Kollegen zureisen, dieselben dazu zu veranlassen, damit obiger Verein in den Besitz der verlangten Nummern kommt. **Robert Jürges**, Braunschweig, Kl. Kreuzstraße 2.

* * *

Horka. Ersuche die Vertrauensleute, mir die Adressen folgender Kollegen zukommen zu lassen: Franz Käser (Vilshofen), Johann Datzmann (Vilshofen, Bayern) und Karl Wolfesberger (Oberösterreich). **Max Brosch**, Vertrauensmann, Horka b. Kamenz.

* * *

Mühlhausen i. Thür. Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt beim Kollegen H. Schneider, Burgstraße 1.

* * *

Nürnberg. Der Steinmetz Wilhem Kölbl wird ersucht, seinen Pflichten der Zahlstelle Nürnberg gegenüber nachzukommen.

Adressen-Aenderungen.

Breslau. Die Reiseunterstützung wird von 6—7½ Uhr Abends beim Kollegen Karl Stiller, Zobtenstraße 19, II. ausbezahlt.

München. Vorsitzender Jos. Fuchs, Zenettistraße 9, III.; Kassierer Karl Oswald, Flurstraße 3, I. Rb.; Beisitzer Heinrich Erlacher, Fleischerstraße 2, III. - Reisegelder werden ausbezahlt bei Jos. Fuchs, Zenettistraße 9, III., von Abends 6 Uhr an, Sonntags Vormittags von ½8 bis 9 Uhr.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 5. bis mit 10. Januar 1903:

Dresden, Beitrag 930.—; Wittenberg, IV. Qu. 4.80, Op. Ital. 0.75, Beitrag 74.20; Bremen I, Beitrag 100.10; Hartershofen, Beitrag 37.50, IV. Qu. 2.40, Beitragsbücher 0.20; Grimma, Beitrag 12.50, IV. Qu. 1.80; Speier, Beitrag 25.25; Horst a. Ruhr, IV. Qu. 9.75; Schwarzenberg, Beitrag 2.60, IV. Qu. 0.90; Plagwitz-Löwenberg, Beitrag 5.50; Brandenburg, Beitrag 9.75; Wechselburg, Beitrag 15.50, IV. Qu. 6.—; Schwarzenbach, Beitrag 50.—; Berlin, IV. Qu. 1.20 (Telchow); Brannlage, Beitrag 109.05, Beitragsbücher 1.60, Extrasteuer 1.—, Maimarken 1.50, Delegiertenmarken 0.75; Strehlen, Beitrag 71.—, Beitragsbücher 1.30, IV. Qu. 9.—; Mülhausen i. Els., Beitrag 0.50; Ehringsfeld, IV. Qu. 0.60; Sülzhayn, I. Qu. 0.90 (Hertrich); Löbau, Beitrag 100.—, Gotha, Beitrag 17.—, Ebelsbach, Beitrag 50.—, IV. Qu. 26.40; Elberfeld, Beitrag 50.— Ins. 2.80; Dresden, Ins. 12.—; Zittau, IV. Qu. 3.60, Beitrag 4.—; Tostedt, I. Qu. 0.90; Heppenheim, Beitrag 25.75; Lübbecke, Beitrag 4.95; Wenig-Rackwitz, IV. Qu. 36.20, Ins. 2.40, Beitrag 2.1.45; Lindenfels, IV. Qu. 1.20; Weinheim, IV. Qu. 1.80; Heldrungen, I.—II. Qu. 1.80; Ulm, Beitrag 65.60, IV. Qu. 14.40; Freiburg i. B., IV. Qu. 30.—; Mannheim, Beitrag 77.05; Lübeck, Beitrag 23.—; Uelzen, Beitrag 0.40; Zerbst, I. Qu. 0.90; Hockenau, Beitrag 1.—; Münchberg, Beitrag 14.—; Metz, Beitrag 3.—; Wandersleben, Beitrag 14.—; Görlitz, Beitrag 23.—; Bunzlau, I. Qu. 0.95; Wetzlar, I. Qu. 0.90; Nürnberg, Beitrag 128.—, IV. Qu. 19.40; Bayreuth, Beitrag 175.—; Berlin, IV. Qu. 1.80 (Bös); Kronach, Beitrag 3.—; Essen, Beitrag 1.25; Budapest, I. Qu. 1.05, Protokolle 0.40; Straßburg, Beitrag 88.50; Reichenbach 29.70, IV. Qu. 1.80; Lindlar, IV. Qu. 0.60, Beitrag 2.40; Stettin, Beitrag 27.—.

F. Lange.

Briefkasten.

A., Bremen. Gewiß muß Du diesen Betrag auszahlen.

K. N. Leider kann diese Frage nicht bejaht werden.

Anzeigen.

Der Steinmetz **Karl Striegel,** geb. den 17. Juli 1884 zu Maulbrunn, wird ersucht, seinen jetzigen Aufenthalt sofort an seinen Vater zu berichten. Sollten die Vertrauensleute die Adresse des Genannten kennen, so möge dieselbe an Unterzeichneten berichtet werden.

Andreas Striegel, Steinhauer
Maulbrunn (Württemberg).

Associationen, Geschäftsverkäufe, Hypotheken-Vermittlung 2c. durch **Wilhelm Hirsch, Mannheim, S 6.**

Todes-Anzeigen.

Am 7. Januar verschied unser Kollege

Valentin Seufert

im Alter von 32 Jahren an der Berufskrankheit.

Möge ihm die Erde leicht sein!

Die organisierten Steinarbeiter von Dresden.

Am 11. Januar starb unser Kollege

Emil Berger

im Alter von 30 Jahren an der Berufskrankheit.

Leicht sei ihm die Erde!

Die organisierten Steinarbeiter Leipzig I.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.